

Die „Vorkämpfer“ erscheinen täglich am Montag, Dienstag und Mittwoch nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Kron-Weib“ — „Kronen-Weib“ und „Der Jagd-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abrechnung im Haus monatlich 2.— M. In den Monaten Januar, im voraus zahlbar. Alle Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Beifügung des Betrages für den Postzuschlag, den Betrag des Post- und Fernsprechkosten sowie der üblichen deutschen Gebühren für den Versand ins Ausland 75.— M. für das übrige Ausland 75.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 40

Die jehneinhalbte Mannzahl ober deren Raum höher 8.— M. einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das erdrückte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigen. Große Anzeigen: Das erdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 2.50 M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.50 M. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worts-Anzeigen: das erdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf gegen den Chauvinismus

Offener Brief Renaudels an Poincaré

Paris, 23. Januar.

Der aus Deutschland zurückgekehrte Pierre Renaudel hat an Poincaré einen Brief gerichtet, den er im „Populaire“ veröffentlicht hat. Er wendet sich darin gegen die Behauptung Poincarés in seiner Parlamentarrede vom Donnerstag, die Arbeiter von Heidenau in Sachsen hätten, nachdem Renaudel vorher in Heidenau gesprochen habe, die Hausknechte und Lansen verstreut. Renaudel erklärt, er habe nach dem Zwischenfall von Heidenau dort gesprochen. Die Tatsachen hätten sich also ganz anders vollzogen, als Poincaré sie im Parlament mitgeteilt habe.

Um das englisch-französische Abkommen

Paris, 23. Januar.

Das vertritt ein Telegramm aus London, wonach in amtlichen Kreisen der Wunsch zu bestehen scheint, in kürzester Frist die Absichten der französischen Regierung in den gegenwärtig der Prüfung beider Regierungen unterliegenden Fragen kennen zu lernen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das Londoner Kabinett entschlossen sei, zu dem englisch-französischen Abkommen folgendermaßen Stellung zu nehmen: Die englische Regierung würde sich damit einverstanden erklären, die Dauer des Abkommens zu verlängern und sie möglicherweise auf 20 Jahre festzusetzen, obwohl sie diesen Zeitraum für zu ausgedehnt halte. Sie würde sich bereit finden, dem Abkommen gegenseitige Wirkung zu geben, obwohl sie dies nicht als unbedingte Notwendigkeit ansehe. Eine Militärkonvention würde sie ablehnen, ebenso die Ausdehnung des Abkommens auf einen gegen Polen gerichteten Angriff. So werde voraussichtlich die Antwort der englischen Regierung auf die Vorschläge der französischen Regierung lauten, wenn die letzteren so ausfallen, wie man in London annehme. Dienstag oder Mittwoch sollen im Foreign Office die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Vorkämpfer aufgenommen werden.

Wie das mitteilt, sind in den letzten Tagen die Unterhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Frage des Friedens im Orient wiederaufgenommen worden. Die vorgesehene Konferenz der Außenminister von England, Italien und Frankreich werde wahrscheinlich Anfang Februar in Paris stattfinden.

Der „Temps“ über die deutsche Finanzlage

Paris, 23. Januar.

„Temps“ schreibt in seinem Leitartikel nach einer Uebersicht über die Einnahme der Markhälften auf die deutsche Finanzlage: Man müsse dahin kommen, daß die Mark nicht mehr sinkt. Ob man Gläubiger Deutschlands sei oder nicht, die Reparationsfrage trete auf, sobald man ein Mittel suche, die deutschen Finanzen zu stärken. Selbst wenn Frankreich die Zahlungen völlig unterdrücke, selbst wenn es die Sachlieferungen auf eine Milliarde Mark jährlich reduzierte, hätte man das Kräfte noch nicht getan. Das Wesentlichste würde immer noch fehlen. Um die Sachlieferungen zu bewerkstelligen, müsse Deutschland die deutschen Produzenten bezahlen. „Temps“ sieht die Lösung der Frage nur in der Möglichkeit einer auswärtigen Anleihe für Deutschland, sei es auch nur, um die Sachlieferungen zu finanzieren. Dazu aber seien internationale Kreditoperationen nötig. Auf diesem Wege kommt „Temps“ wieder zu seiner Forderung, Amerika möge helfen eingreifen. Er ist der Ansicht, daß diese Frage die Konferenz von Genua beherrschen werde, wie man sich auch dazu stellen möge.

Berzweifelte Lage in den russischen Hungergebieten

Moskau, 23. Januar. (Intel.)

Es vergeht kaum ein Tag ohne neue Schreckensnachrichten aus den russischen Hungergebieten. Die Lage in fast den meisten von der Misere betroffenen Gegenden ist verzweifelt. Im Kreise Bugatschew (Gouvernement Samara) sind die letzten Lebensmittelreste von der Bevölkerung aufgebraucht worden. Es wird berichtet, daß es in diesem Kreise kaum noch eine Ratte oder einen Hund gäbe, da die Hungertoten sämtliche Tiere verzehrt haben. Täglich mehrt sich die Zahl der Todesfälle. — Im Dongebiet hat die Hungersnot besonders die Kreise Mariopol und Kakanrog ergriffen. In dieser Gegend hungern 400 000 Menschen.

Dem amerikanischen Hilfswerk, der A. R. A. (American Relief Administration), hat das Eintreffen zahlreicher Spenden ermöglicht, die Verlastung von 2 Millionen Kindern und 5 Millionen Erwachsenen aus dem Hungergebiet bis zur neuen Ernte zu übernehmen. Die A. R. A. kaufte außerdem 10 Millionen Pud Saatgetreide für die Wolgaregiete ein. Ferner hat die A. R. A. mit dem ukrainischen Volkskommissar Kalowski einen Vertrag geschlossen, nach dem sie ihr Tätigkeitsfeld auf die Ukraine ausdehnt. Seit Abschluß dieses Vertrages vermittelte die A. R. A. die Ueberführung von 10 000 Lebensmittelpaketen, die von ukrainischen Emigranten in Amerika gesammelt wurden. Um einen möglichst schnellen Transport der A. R. A. Lebensmitteln in die Hungergebiete zu ermöglichen, hat die Sowjetregierung ihren Vertreter bei der A. R. A. mit besonderen Vollmachten

ausgestattet und die Zahl der ihm zur Verfügung stehenden Eisenbahnwaggons vermehrt. Das ukrainische Rote Kreuz hat im Kreise Jekaterinoslaw die Ausspeisung von 25 000 Personen begonnen. An die notleidende Bevölkerung soll Brot unter dem Selbstkostenpreis abgegeben werden. Der Gouvernementsowjet von Jekaterinoslaw beschloß, besondere Lebensmittelverteilungsstellen für Kinder zu errichten, für die bei den wohlhabenden Bauern eine außerordentliche Steuer erhoben werden soll. Im Kreise Mariopol wurde die Ausspeisung von 10 000 Personen organisiert. Für das Dongebiet werden zur Frühjahrsausfaat 6000 Waggons Saatgetreide benötigt.

Ein Hilferuf an die Internationale

D. C. Moskau, 23. Januar.

Die russische Sektion des Internationalen Arbeiterhilfskomitees wendet sich mit einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder, den Hungernden Rußlands zu helfen. Von dem Ausgang des Kampfes an der russischen Hungerfront hänge das weitere Schicksal der Weltarbeiterschaft ab. Der Aufruf fordert die Arbeiter Westeuropas auf, Rußland die notwendigen Werkzeuge zur Wiederherstellung der Fabriken und landwirtschaftlichen Betriebe zur Verfügung zu stellen, hauptsächlich Transportmittel, Pferde, Sägen, Saatgut für die Frühjahrsausfaat; ferner werden Fachleute, industrielle und landwirtschaftliche Organisatoren sowie mit Werkzeugen und Lebensmitteln versehene Arbeitergruppen zu entsenden. Die Arbeiter möchten alle Parteiuunterschiede vergessen. Rußland könne nicht warten.

Ein Frontkämpfer

CC. Paris, 23. Januar.

Vor dem Kriegsgericht in Nancy begann heute der Prozeß gegen den französischen Unterstaatssekretär für Ernährung im Kabinett Clemenceau, Bilgrain. Dieser ist angeklagt, seinen Posten während der Schlacht verlassen und sich selbst zu verteidigen zu haben. Unter den zahlreich geladenen Zeugen befindet sich auch Clemenceau, der ein Entschuldigungsschreiben eingereicht hatte. Es fragt sich, ob das Gericht seine Entschuldigung anerkennen oder auf seinem Böhör als Zeuge bestehen wird. Man hat Clemenceau vielfach den Vorwurf gemacht, daß er Bilgrain dazu verholfen habe, daß dieser seiner Militärpflicht nicht genügen brauchte. Der Prozeß dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Im Kabinett Clemenceau wird dieser tapfere Held seinen Posten natürlich dazu benutzt haben, das Durchhalten zu predigen und die anderen zum Kampf bis zum letzten Mann anzuspornen. Er selber liebte den Heldentod nicht und dachte wie so viele seines Ranges in allen kriegsführenden Staaten dachten: „Leben bleiben, wie das Sterben für das Vaterland ist süß“.

Das Steuerkompromiß

Noch keine Entscheidung

In den gestrigen Abendstunden fanden beim Reichskanzler Verhandlungen über das Steuerkompromiß statt. Vertreten waren neben den beiden Regierungsparteien, Zentrum und Sozialdemokraten, auch Demokraten, Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei. Die Hinzuziehung der letzteren scheint auf die Absicht der bürgerlichen Parteien hinzuweisen, mit dem Steuerkompromiß auch die Regierungserweiterung nach rechts zu verbinden.

In der Sitzung wurde neben der Gestaltung der Steuervorlagen der Regierung auch die Frage der Zwangsgoldanleihe behandelt. Zu einer Verständigung in dieser Frage ist es ebensowenig gekommen, wie zu einer Uebereinstimmung in den Fragen der Verbrauchs- und Besitzsteuer, so daß jetzt feststeht, daß der Reichskanzler in der heutigen Sitzung die in Aussicht genommene Rede nicht halten wird.

Von den Rechtssozialisten wurde in der Sitzung die Verzinsung der Zwangsanleihe durch Industrie und Landwirtschaft vertreten. Demgegenüber wurde von anderer Seite der Vorschlag gemacht, die Anleihe für die erste Zeit überhaupt unverzinslich zu gestalten und für später niedrige Zinszahlungen in Aussicht zu nehmen.

Die in der Sitzung gemachten Vorschläge unterliegen gegenwärtig der Beratung der Fraktionen. In der rechtssozialistischen Fraktion erstattete Hermann Müller Bericht über die Verhandlungen. Nach kurzer Debatte vertagte sich die Fraktion bis zum heutigen Nachmittag.

Graf Sforza Vorkämpfer in Paris. Der italienische Vorkämpfer Graf Sforza wurde auf sein dringendes Ersuchen vom Ministerium des Äußeren zur Disposition gestellt. An seiner Stelle wurde Graf Sforza, der frühere Außenminister, zum Vorkämpfer in Paris ernannt.

Lloyd George oder Poincaré?

Von Rudolf Breitscheid

Die Rede, die Lloyd George am Sonnabend vor den englischen Koalitionsliberalen gehalten hat, war im Grunde nicht für diese Versammlung bestimmt. Es war eine Rede zum Fenster hinaus. Eine Rede, die über den Kanal hinweg nach Frankreich und in das Kabinett seines gegenwärtigen Ministerpräsidenten dringen sollte, und daß man sie in Frankreich verstanden hat, beweist die Tatsache, daß am Sonntag für eine kurze Zeit sich das Gerücht verbreiten konnte, es sei eine Umbildung des Ministeriums Poincaré beabsichtigt.

Der Name Poincarés ist in der ganzen Rede nicht gefallen. Und doch bezog sich fast jedes Wort auf ihn und seine Politik. Mit einer Deutlichkeit, man darf hinzufügen, mit einer Schärfe, die sich kaum überbieten ließen, hat der leitende Staatsmann Englands die Auffassung, die sein französischer Kollege durch seine Erklärung vor der Kammer sowohl unmittelbar und mittelbar durch die Presse über die europäischen Angelegenheiten befandete, bekämpft und zurückgewiesen.

Lloyd George will nichts wissen von der Rückkehr zu den alten Methoden der Diplomatie, die Poincaré fordert. Der Wechsel von Noten und Depeschen scheint ihm nicht das geeignete Mittel, die notwendige Verständigung herbeizuführen. Er verlangt Ausreden von Angesicht zu Angesicht in der Ueberzeugung, daß die Regierungen unter der wachsamsten Kontrolle der Völker auf solchen Konferenzen schneller und sicherer zu einem dem Wiederaufbau der Welt günstigen Ergebnis kommen werden, als durch den Austausch diplomatischer Schriftstücke, deren Inhalt nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt ist. Er macht der neuen französischen Regierung ziemlich unverblümt den Vorwurf, daß sie die Öffentlichkeit scheue und der Wirklichkeit nicht ins Auge sehen wolle. „Wer den Frieden erstrebt, muß den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt und muß an den Wert offener Erörterungen glauben.“ Dieses Wort läßt keine andere Auslegung zu, als daß nach Ansicht dessen, der es spricht, Poincaré nicht als wahrhafter Freund eines dauernden Friedens anzusehen ist.

Auch was die Konferenz von Genua angeht, stellt sich Lloyd George in einen bewußten Gegensatz zu dem französischen Ministerpräsidenten. Der hat sich zwar damit abgefunden, daß in Cannes die Konferenz oder besser gesagt der Kongreß von Genua beschlossen worden ist. Aber alle Welt merkt, wie schwer ihm seine Zustimmung wird, und wie lebhaft er sich bemüht, den Auseinandersetzungen von Genua das Schicksal des Hornberger Schießens zu bereiten. Indem er scheinbar an den Vorbereitungen mitwirkt, sucht er Schwierigkeiten zu machen. Er erhebt Bedenken gegen die Tagesordnung, er möchte von vornherein der Erörterung bestimmte Wege weisen, er möchte mit einem Wort an liebsten, daß die Beteiligten noch vor dem Beginn der Besprechungen sich von ihrer Zwecklosigkeit überzeugen. Lloyd George aber besinnt sich mit allem Nachdruck zu der Idee, aus der der Vorschlag der Konferenz geboren ist. Die Rückficht auf das verwüstete und blutende Europa verlangt eine eingehende Aussprache, an der alle Völker beteiligt sind. Die Wiederherstellung Europas muß das wesentlichste Ziel aller Politik sein, und zu diesem Ziel kann man nur gelangen, wenn die Sachverständigen aller Länder Gelegenheit haben, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten miteinander zu besprechen. Freilich muß man — und auch diese Mahnung ist ganz speziell an die Adresse Poincarés gerichtet — im Geiste des Friedens nach Genua gehen.

Endlich spricht der englische Premierminister von den deutschen Zahlungsverpflichtungen. Er will Deutschland nicht von seinen Reparationslasten befreien, er sagt nichts gegen die Endziffern des Londoner Ultimatus. Aber er will erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit schaffen, und er will nicht, daß man sich auf den Buchstaben pochend auf die Termine verweist, die seinerzeit in London vorgelesen worden sind.

Wohin wir sehen, die Ablehnung des Standpunktes, den der nationale Block der französischen Kammer und der mit seinem Vertrauen beehrte Minister vertritt. Auf Schritt und Tritt Gegenstände, die scharf, ja rückwärtslos herausgearbeitet sind, und die es fast unmöglich machen, an ein dauerndes Zusammenarbeiten eines von Lloyd George geführten England und eines durch Poincaré repräsentierten Frankreich zu glauben. Ein Politiker, der nichts anderes kennt als den Wortlaut eines dem Gegner aufgezungenen Friedensvertrages, der nicht anderes sieht, als das augenblickliche Interesse seines Landes und der für die Wirklichkeit seines Programms sich keines anderen Instrumentes bedienen will als des der Gewalt, wird mit einem Staatsmann, der über den Moment hinaus schauen vermag, der die europäischen Zusammenhänge erkennt und der die Gewalt durch die friedlicheren Mittel des ökonomischen Liberalismus ersetzen möchte, nicht Hand in Hand marschieren können.

In Frankreich wird man jetzt sagen, Lloyd George denkt nicht sowohl an Europa, sondern es seien englische Interessen, die sein Verhalten bestimmten. Das ist

Sicher bis zu einem sehr hohen Grade richtig. England kann sich seinen Pazifismus nicht nur leisten, er gereicht ihm nach seiner Wirtschaftslage auch unmittelbar zum Vorteil. Aber wie die Dinge stehen, fällt das englische Interesse mehr oder weniger mit dem *Central-Europas* zusammen, und zuletzt auch mit dem Frankreichs. Wenn Lloyd George davon nicht überzeugt wäre, hätte er trotz der starken Stellung, die er in seinem Lande besitzt, sicher nicht so offen zu sprechen gewagt, wie er gesprochen hat. Er ist sich bewußt, in gewissem Sinne der Wortführer Europas zu sein. Zunächst gewiß des kapitalistischen Europas, aber auch der Arbeiterklasse infolge, als sie seine Methoden vor denen der französischen Nationalisten den Vorzug geben muß. Er weiß aber auch, daß seine Worte selbst in Frankreich nicht wirkungslos bleiben werden. Poincaré ist der letzte Trumpf des nationalen Blods und gleichzeitig der Beginn seiner Krise. Im Lande ist der Glaube an die heilende Kraft der Gewalt erschüttert. Die Mehrheit des Parlaments entspricht nicht mehr der Stimmung der Wähler, und wenn das französische Volk erkennt, daß der Weg seines Ministeriums von dem englischen Freunde und Bundesgenossen zur vollständigen Isolierung führt, dann wird sich dieses Ministerium entweder den englischen Auffassungen anpassen müssen oder nicht mehr sein.

Was soll Deutschland in dieser Situation tun? Das Versteckteste wäre jedenfalls, wenn es jetzt etwa daran dächte, einseitig auf die englische Karte zu setzen. Die Rede Lloyd Georges konnte nur in einer Atmosphäre gehalten werden, wie sie durch die deutsche Politik der letzten Monate geschaffen worden ist. Ihre Vorbedingung war der erste Erfüllungswille der deutschen Regierung. Diese Linie, die das Kabinett Wirth von uns unterstützt und beeinflusst gegangen ist, muß unter allen Umständen festgehalten werden. Jede auch nur scheinbare Neigung zu dem unverwundlichen und verschämten Nationalismus hin würde Lloyd Georges Position schwächen und diejenige Poincarés stärken. Daß es verhängnisvoll wäre, wenn in diesem Augenblick die Richtung Helfferich aus Ruder läme, wird die Mehrheit des deutschen Volkes einsehen. Aber auch die Rückkehr zu einem System, wie es durch das Kabinett Fehrenbach vertreten wurde, in dem dank dem Einfluß der Deutschen Volkspartei zwar nicht unmittelbar der böse Wille, aber doch der Mangel an Entschlossenheit zu gutem Willen herrschte, wäre verwerflich.

Wir möchten wünschen, daß sich diejenigen, die jetzt über die innerpolitische Seite der deutschen Reparationsverpflichtungen zu entscheiden haben, der schweren Verantwortung, die auf ihnen ruht, bewußt seien. Entschließen sie sich dazu, finanzpolitische Wege zu gehen, auf denen wir ihnen im Interesse der Arbeiter nicht zu folgen vermögen, und legen sie so um der Beherrschenden willen das Steuer nach rechts, so wird das deutsche Volk diese Einseitigkeit außenpolitisch aufs schwerste zu büßen haben.

Nichts gelernt und nichts vergessen

Graf Westarp — ein Helfersbesser der französischen Nationalisten

Am Sonnabend veranstaltete die deutschnationale Volkspartei in München eine Versammlung, in der Graf Westarp sprach. Unter Mitwirkung der „Völkischen Zeitung“ zufolge erhielt er „langanhaltenden, stürmischen Beifall“, als er sagte: „Ich bewundere die jüdische Eigenart, aber gestatten Sie in dem deutschen Orchester auch der preussischen Fanzare ihren Ton!“

Die Töne, die der preussischen Fanzare des nationalistischen Grafen in München entströmten, zeigten, daß er wie seine Partei nichts gelernt und nichts vergessen hat. Eben ist in Frankreich der nationalistiche Blod — zum Schaden der langsam unter dem Zwang der ökonomischen Tatsachen sich anbahnenden Verständigung — zur Herrschaft gelangt, da befehlen sich auch schon die deutschen Nationalisten, den französischen Chauvinisten in die Hände zu arbeiten. Eben hat Poincaré angekündigt, daß er die Bestimmungen des Versailler Vertrages Deutschland gegenüber „mit anderen Mitteln“ durchsetzen werde — im gleichen Augenblick verlangte Graf Westarp als nächste Aufgabe der Außenpolitik, sich der Revanche und der *Terre neta* zuzuwenden. Deutschland sei jetzt berechtigt, zu meinte der deutschnationale Graf, zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren, nachdem die deutsche Entwaffnung die im Versailler Vertrage als Grundlage vorausgesetzte Entwaffnung der Welt nicht zur Folge gehabt habe.

Es bedarf keiner Beweisführung, um erkennen zu lassen, welche Folgen derartige gewissenlose Reden für die Lage Deutschlands — vor der Konferenz in Genoa! — im Auslande, besonders aber in Frankreich haben müssen. Die deutschen Nationalisten zeigen dieselbe Eifersuchtigkeit, dieselbe verbrechliche Kurzsichtigkeit wie vor dem Kriege und während des Krieges; die Rede Westarps, die die französischen nationalistischen Blätter mit Wonne abdrucken werden, wird keine andere Wirkung haben, als die Stellung des Kabinetts Poincaré moralisch zu härten. So äußert sich bei den Deutschnationalen ihre vielgeprelsene Vaterlandsliebe!

Der Kampf um Groß-Hamburg

Die Berliner Presse hat sich in der vorigen Woche mit den Auseinandersetzungen beschäftigt, die sich zwischen Preußen und Groß-Hamburg wegen der Frage der Gebietsabtretung entsponnen haben. Die Stellungnahme der Presse hat bei der preussischen Regierung Mißfallen erregt, und sie versucht jetzt, ihre Stellung zu verteidigen. Die Behauptung, daß Preußen die territorialen Interessen höher schätze als das deutsche Gesamtinteresse, sei geeignet, der Groß-Hamburger Agitation neue Nahrung zu liefern und die Verhandlungen, die Preußen zu führen gewillt sei, zu gefährden. Schließlich wehrt sich die preussische Regierung gegen den Vorwurf, daß ihr Standpunkt zu den Groß-Hamburger Forderungen rein partikularistisch sei.

Aus der Darstellung der preussischen Regierung gewinnt man fast den Eindruck, als ob zwischen Preußen und Hamburg tiefe Feindschaft bestehe. Die Vorwürfe, die sie wegen des Verhaltens der Presse erheben zu müssen glaubt, haben eine verdammt Nechlichkeit mit den Maßnahmen, die Oberst Nikolat während des Krieges der Presse gegenüber in Anwendung brachte. Preußen hat gewiß das Recht, seine Interessen, soweit sie mit denen der Gesamtbevölkerung in Einklang stehen, soviel wie möglich zu verteidigen. Aber es darf dabei nicht außer Acht lassen, daß hoch über den preussischen Interessen die Reichsinteressen stehen.

Das gleiche trifft natürlich auch für die Groß-Hamburger zu. Sofern diese ihre Forderungen aus partikularistischen Erwägungen heraus erheben, müssen sie ebenso entschieden abgelehnt werden, wie der halsstarrige Standpunkt der preussischen Regierung. Aber wir betonen schon einmal,

daß die Groß-Hamburger Frage weder eine preussische, noch eine Hamburger Angelegenheit ist. Die Entwicklung und Erweiterung des Hamburger Hafengebiets ist in erster Linie eine reichsdeutsche Angelegenheit. Von ihr hängt die Entwicklung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens und des Verkehrs ab. Deshalb muß bei den Verhandlungen lediglich der Reichsgedanke den Ausschlag geben.

Schutz für die Devisenspekulanten

Dem Reichstage ist Anfang Dezember ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die schädliche Devisenspekulation eingedämmt werden soll; als er Mitte Dezember nach beendeter Kommissionsberatung im Plenum beraten werden sollte, setzten es die bürgerlichen Parteien durch, daß er zunächst noch einmal in die Kommission zurückverwiesen wurde. Es entstand dadurch eine Verzögerung von vielen Wochen, da der Reichstag inzwischen in die Ferien ging. Dieselbe Verschleppungstaktik wurde später im Ausschuss befolgt. Dort erschienen einige an der Beratung beteiligte bürgerliche Abgeordnete nicht, und ihre Freunde setzten wiederum die Verschlebung der Beratung durch.

Am Montag wurde nun der Entwurf im Plenum des Reichstags in zweiter Lesung beraten. Als die dritte Lesung beginnen sollte, teilte nun Präsident Löbe zur allgemeinen Ueberraschung mit, daß gegen sie Einspruch erhoben worden sei, so daß sie nicht stattfinden könne. Genosse Herz verlangte darauf, daß der Präsident mittelste, wer den Einspruch erhoben habe. Denn die bisherige Verzögerung der Erledigung des Gesetzentwurfs habe in der Devisenspekulation bereits den Eindruck einer beabsichtigten Verschleppung erweckt. Er werde durch den erneuten Einspruch nur verstärkt. Es stellte sich darauf heraus, daß der Einspruch ausging von dem Demokraten Gothein und dem Deutschnationalen Schulz-Bromberg.

Bei Schulz-Bromberg genügt die öffentliche Anprangerung, um ihn zur Zurücknahme seines Einspruchs zu veranlassen, bei Herrn Gothein bedurfte es allerdings erst noch der mehrmaligen Feststellung, wie schwer durch dieses Verhalten die Interessen der Allgemeinheit geschädigt werden. So zeigten sich auch hier wieder die Demokraten als Schützer der das Volk aufs schärfste ausplündernden Devisenspekulanten.

Es gibt keine parteiischen Richter!

Die deutschen Richter sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl monarchistisch gesinnt. Sicher sind die meisten davon klug genug, sich das nicht immer merken zu lassen; es gibt aber auch Richter, die sich in ihrer auch von der Republik garantierten Unabsetzbarkeit so sicher fühlen, daß sie aus ihrer politischen Einstellung gar kein Hehl machen.

Zu diesen Richtern gehören die Mitglieder der Strafkammer des Landgerichts Oelz, die das von der ganzen Presse besprochene Urteil gegen den demokratischen Arzt Dr. Köblich gefällt haben. Die Begründung des Urteils zeigte eine unverhüllte Parteinahme des Gerichts gegen alle Republikaner. Dr. Köblich hat dagegen Beschwerde erhoben, worauf ihm der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau geantwortet hat. Er muß zwar dem Beschwerdeführer in gewissem Umfang recht geben, aber er nimmt gleichzeitig die Richter gegen den festbegründeten Vorwurf der von politischen Motiven diktierten Parteilichkeit in Schutz.

Die Antwort auf die Beschwerde ist ein klassisches Beispiel juristischer Bemühung, gleichzeitig zwei entgegengesetzte Dinge zu beweisen. Der Oberlandesgerichtspräsident „mißbilligt“ den Satz der Urteilsbegründung, der die Unschuldwürdigkeit des Angeklagten mit dessen republikanischer Gesinnung erklärt; trotzdem wendet sich aber der Oberlandesgerichtspräsident nicht gegen diese Unschuldwürdigkeit an sich, sondern er erwägt nur, ob die „Aufnahme dieses Satzes“ in die Urteilsbegründung notwendig war. Daher kommt der Herr Oberlandesgerichtspräsident, den „dienstlichen Verpflichtungen“ der beteiligten Richter bedingungslos Glauben schenkend, zu dem Schluß, daß es politisch urteilende Richter nicht gäbe.

Keine Vereinigung Nürnberg—Fürth

Das Ergebnis einer Volksabstimmung

Seit nahezu zwei Jahrzehnten wird in den Nachbarstädten Nürnberg und Fürth die Frage einer Vereinigung der beiden Städte erwogen. Nach der Lage der Verhältnisse bedeutete die Vereinigung entscheidende Vorteile für beide Städte; in technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht hätte sich die kommunale Verwaltung wesentlich vereinfachen und verbilligen lassen. Um dieser Fortschritte willen waren auch die drei Arbeiterparteien für den Zusammenschluß der Städte.

Nun hat am Sonntag eine Volksabstimmung stattgefunden, allerdings unter außerordentlich geringer Beteiligung. Bei einer Einwohnerzahl von rund 400 000 in den beiden Städten sind nur 33 455 Stimmen abgegeben worden. Davon haben 21 684 Abstimmer gegen die Vereinigung und nur 11 801 Einwohner dafür gestimmt. Es haben also kleinliche Gründe und Teilnahmslosigkeit über eine im Interesse einer fortschrittlichen Sache liegende Bewegung gesiegt.

Der Eisenbahnerstreik in Sachsen

Der Deutsche Eisenbahnerverband teilt mit: Nach den zur Stunde vorliegenden Meldungen hat der in Dresden ausgebrochene Streik der Eisenbahner auch auf die Werkstätten Zwidau übergegriffen. In Dresden selbst hat er eine weitere Ausdehnung nicht erfahren. Im Gegenteil, in Radeberg bei Dresden ist die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen worden. Auch die Werkstätten Dresden-Friedrichsdorf halten den Betrieb aufrecht. Aus den übrigen Teilen Sachsens, besonders auch aus Leipzig, wird berichtet, daß es bisher zu keiner Arbeitseinstellung gekommen ist.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Der Abschluß unmittelbar bevorstehend

Beuthen, 23. Januar.

Die Arbeiten der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission sind soweit vorgeschritten, daß die Verhandlungen der Unterkommissionen 1 bis 10 teils beendet sind, teils unmittelbar vor ihrem Abschluß stehen.

Die Unterkommissionen 11 und 12, Minoritätenschutz und Vorbereitung der gemischten Kommission und des Schiedsgerichts, werden, wie von Anfang an vorgesehen, ihre Verhandlungen erst in Genf zu Ende führen. Den Vorsitz der beiden Kommissionen führt Staatssekretär Dr. Lewald. Da Dr. Lewald jedoch durch die Vertretung des deutschen Bevollmächtigten sowie durch seine Beteiligung an den allgemeinen Fragen in Anspruch genommen ist, wird Reichsminister a. D. Dr. Simons den Vorsitz der 12. Unterkommission während der Verhandlungen in Genf übernehmen.

Das preussische Hebammengesetz

Die am 19. Januar im Preussischen Landtage begonnene Beratung eines von der Regierung ausgearbeiteten Hebammengesetzes verdient die allergrößte Beachtung, insbesondere der Frauen. Mindestens 90 Prozent aller Frauen sind auf den Bestand von Hebammen bei der Geburt eines Kindes angewiesen. Ungeheuerlich sind die Opfer an Leben und Gesundheit, die auf das Schuldlossein einer unzuverlässigen Geburtshilfe kommen. Früher verzeichnete unsere Statistik in Deutschland jährlich 15 000 Todesfälle bei der Geburt, von denen die Hälfte durch Kindbettliedher erfolgten, das immer eine vermeidbare Krankheit ist. In den letzten Jahren ist diese Zahl noch ganz erheblich gestiegen. Entkäftung der Frauen, Mangel an Wäsche und Reinlichkeit infolge der Teuerung von Seife, das herrschende Wohnungselend, das eine hygienisch einwandfreie Geburtshilfe ganz außerordentlich erschwert, und die absolut unzureichende Zahl von Entbindungsanstalten, tragen die Hauptschuld daran. Zehntausende von Frauen entbinden alljährlich ohne jede sachverständige Hilfe, angewiesen auf den höchst bedenklichen Bestand von Pflückerinnen, weil es in dünnbesiedelten ländlichen Gegenden so wenig Hebammen gibt.

Man sieht, mit einer Reform des Hebammenwesens allein ist die Aufgabe, eine absolut zuverlässige Geburtshilfe zu schaffen, nicht zu lösen. Die ganze geburtshilfliche Ordnung müßte umgestaltet werden zu einem lückenlos ineinandergreifenden Mutter- und Säuglingschutz im Rahmen des sozialisierten Gesundheitswesens. So nur wäre es möglich, die verrotteten Zustände zu beseitigen, deren heute in Hunderttausenden von Fällen Gesundheit und Leben hoffnungsloser Menschen zum Opfer fallen. Denn zu den Sterbefällen bei der Geburt gesellt sich die 15- bis 20fache Zahl von Erkrankungen an Frauenleiden. 50 000 Kinder starben 1920 unter der Geburt oder kurz nachher. Die Erbblindung von Neugeborenen wird verschuldet durch mangelhafte Geburtshilfe. Kurz, die Schäden sind so groß und zahlreich, daß hier endlich einmal ganze Arbeit geleistet werden müßte, wie wir dies seit Jahrzehnten fordern.

Was aber tut die preussische Regierung? Sie beschränkt sich in ihrem famosen Gesetzentwurf auf einige Verwaltungsmaßnahmen, die an dem Elend der Geburtshilfe so gut wie nichts ändern, die keinen der zunächstbeteiligten, weder die Mütter noch die Hebammen, befreien können. Sie läßt die Gewerbebefreiung der Hebammen bestehen und schränkt sie nur ein bißchen ein, statt der Hebammenschaft, um das ganze Niveau des Standes zu heben, Beamten eigeenschaft zu geben. Die beamtete Hebamme ist der Regierung ein Schewel und Greuel, denn das würde ja den Anfang einer Sozialisierung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens bedeuten. Die in unserem Parteiprogramm geforderte Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe ist nicht vorgesehen. Die Hebammen werden nach wie vor Gehühren von Fall zu Fall erheben. Allerdings wird ihnen durch etwaige Zuschüsse der Kreise und der Gemeinden ein Mindesteinkommen garantiert, das aber viel zu niedrig ist, um eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Ein beträchtliches Stück Arbeit wird der bevölkerungspolitische Ausschuss des Landtages zu leisten haben, wenn er das nachgelassene Pflückerwerk des Herrn Stegerwald zu einer einigermaßen brauchbaren Waffe im Kampfe für eine Hebung der Volksgesundheit umarbeiten soll. Pflicht der Proletarierinnen ist es, in ihren Organisationen und in großen öffentlichen Kundgebungen überall Stellung zu nehmen zu dem total verfehlten Gesetzentwurf, damit die preussischen Gesetzgeber erkennen, daß unsere Frauen nicht gewillt sind, sich mit einer so kläglichen Abschlagszahlung abzufinden zu lassen.

Die Schulreaktion

Der „Fall Burg“ vor Gericht

Das reaktionäre Verhalten des Direktors des Fürstin-Bismarck-Lyzeums, des „demokratischen“ Studiendirektors Burg, hat schon viel von sich reden gemacht. In einem Verleumdungsprozeß, den Burg gegen den Führer des Bundes der entschiedenen Schulreformer, Studienrat Dr. Kawerau, angezettelt hat, kam der ganze Fragenkomplex noch einmal zur Erörterung. Es handelte sich um einen Artikel in der von Kawerau herausgegebenen Zeitschrift, in dem Burg seine reaktionäre Stellungnahme vorgehalten wurde. Insbesondere wurde ihm darin zum Vorwurf gemacht, daß er die Schülerinnen habe abstimmen lassen, ob die Kaiserbildher beiseite werden sollen, und daß er auf Kosten des Wohlfahrtsfonds eine Depuation zu einer Bismarckhuldigung nach Friedrichshagen geschickt habe. Schließlich habe er in einer Elternversammlung unwahre Angriffe gegen den Studienrat Reinjes dadurch unterstützt, daß er ihnen nicht entgegengetreten sei. Infolge dieser Vorgänge war Burg von Haenisch an eine andere Schule versetzt, aber diese Verfügung ist vom Minister Becker wieder rückgängig gemacht worden.

Der Vorsitzende, Geheimrat Schmidt, hielt es für angebracht, dem Beklagten Dr. Kawerau vorzuhalten, daß er als Untergeordneter Burgs gegen seinen Vorgesetzten in der Öffentlichkeit vorgegangen sei (!!). Und diese muffige Luft der deutschen Gerichtshalle lastete auf dem ganzen Prozeß. Im Laufe der Verhandlung wurde nicht so sehr die Angelegenheit Burg erörtert, sondern man beschäftigte sich mit Vorwürfen gegen Kawerau, der ein schlechter Lehrer sein sollte. Er hatte nämlich auf der obersten Klasse vor 17jährigen Primanerinnen, also vor jungen Damen aus den „besten Ständen“, die doch sonst ganz aufgeklärt sind, gelegentlich auch sexuelle Probleme erörtert und sie auf Literatur darüber hingewiesen. Einige Zeugen bekundeten denn auch die oblige Entzückung über diese Dinge, „über die man nicht spricht“, und bezeichneten sie mehr oder minder unerschämte als Empfehlung der freien Liebe.

Der frühere Minister Haenisch äußerte sich als Zeuge dahin, daß nach Ansicht seiner Referenten Burg eine große Unaufrichtigkeit in der ganzen Sache gezeigt habe. Er habe nicht die notwendige Objektivität gewahrt, um Rausche beizulegen, sondern sich an die Spitze der reaktionären Mehrheit gegen die wenigen linksstehenden Lehrer gestellt. Es sei das um so mehr zu tadeln, als die Minderheit nichts weiter wollte, als die vom Ministerium eingeleitete Schulreform durchzuführen. Beispielsweise habe er gegen den vorgeschriebenen staatsbürgerlichen Unterricht Widerstand geleistet.

Der Prozeß dauerte mehrere Tage, und es kamen Anhängen beider Richtungen ausgiebig zu Worte. Schließlich endete er mit einem Vergleich, in dem sich Kläger und Beklagte gegenseitig die Reinheit ihrer Beweggründe und Ziele bescheinigten. Die Tatsache, daß der Herr Studiendirektor Dr. Burg durch seine reaktionäre Politik schwer kompromittiert und zum Leiter einer Schule durchaus ungeeignet ist, konnte durch den Prozeß nicht aus der Welt geschafft werden. Es ist kennzeichnend für die deutsche Schulreaktion, daß man selbst die Verurteilung an eine andere Anstalt als zu harte Strafe für einen Mann empfindet, der der nationalistischen Demagogie so offensichtliche Vorschüsse leistet.

Das Reichsschulgesetz vor dem Reichstag

Im Reichstag begann gestern die 1. Beratung des seit Monaten vorliegenden Entwurfs eines Reichsschulgesetzes. Entgegen der jetzt im Reichstage üblichen Verhandlungsmethode erfolgte bereits hier eine eingehende Aussprache. Sie ist die Folge der großen Gegensätze, die über dieses Gesetz zwischen den sozialistischen Parteien und insbesondere dem Zentrum bestehen.

Diese Gegensätze traten heute bereits scharf hervor und prallten klingend gegeneinander. Die große ethische, pädagogische und politische Bedeutung der weltlichen Schule suchte für die Rechtssozialisten Hellmann darzulegen. In wenig aufregender Weise vertrat dann der Zentrumsmann Heinländer die bekannten und verstaubten Ideen des Katholizismus. Weiter wurde die Szene, als der Gescheiterte der Deutschnationalen, der blige Kumm, seine Deklamationen begann. Eine geschlagene Stunde quirlte der Mann im Topfe seiner Phrasen. Er versicherte, daß nur „die christliche Gestaltung des Lehrers die Kraft habe, allen Unterricht zu durchsetzen“, und wunderte sich, als darüber helles Lachen ausbrach. Natürlich forderte er die Schule der „christlichen“ Geistesnachtung, und zwar — „im Namen der Freiheit“!

Ein Beispiel für den Niederbruch des deutschen Liberalismus auch auf ideellem Gebiete war der volksparteiliche Schulmann Kunze, der flott und mit gutem Mutterwitz seine Thesen vertrat. In diesen Thesen war nicht einmal mit der Laterne eine deutliche Spur jenes Geistes zu finden, mit dem liberale Lehrer vor einem halben Menschenalter für eine non kirchendogmatischen Dünsten freie Volksschule kämpften. Kunze erblickte keine Aufgabe in der Verherrlichung der zweifelhaften Verdienste kirchlicher Organisationen um das Schulwesen. Der Mann hält sich offenbar die Augen zu, um nicht erkennen zu müssen, daß die Kirche immer nur deshalb nach der Schule gegriffen und sich einflugsnehmend darin festgefakelt hat, weil sie mit der Beherrschung der Schule die eigene knechtende Macht zu festigen vermochte.

In der fortzuführenden Debatte wird morgen Kunze von der Unabhängigen Sozialdemokratie sprechen.

Sitzungsbericht

Präsident Lohse eröffnet 1 Uhr 15 Minuten die Sitzung. An Stelle des Schriftführers Walcker, der die Vertretung einer Gehaltschaft übernimmt, tritt die Abgeordnete Frau Teusch (Ztr.).

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. Der Ausschussbericht erstattet Abg. Schlaß (Ztr.). Der Entwurf betreibt, daß Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken oder Personen abgeschlossen werden dürfen, die Gewähr bieten, daß nicht unzulässige Wandler dabei unternommen werden. Die zweite Beratung wird ohne Debatte erledigt. Gegen die dritte Beratung wurde Einspruch erhoben.

Abg. Herz (U.S.P.) fordert Auskunft vom Präsidenten, von welcher Seite Einspruch eingelegt wurde. Durch ihn werde der Eindruck verstärkt, daß man eine weitere Verschleppung beabsichtigt.

Der Präsident gibt bekannt, daß der Einspruch vom Abg. Göttsch (Dem.) ausging. Nachdem Gen. Herz nochmals sich gegen die Verschleppungstaktik wendet, zieht Göttsch seinen Einspruch zurück. Darauf wird der Gesetzentwurf auch in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Das Reichsschulgesetz

Nächster Tagesordnungsgegenstand ist die Beratung des Entwurfs zur Ausführung des Artikels 136, Absatz 2 der Reichsverfassung (Schulkompromiß).

Staatssekretär Schulz: Es handelt sich nur um eines der Reichsschulgesetze in Ausführung verfassungsrechtlicher Bestimmungen. Er ist entstanden und ist seinem Zwecke nach das Ergebnis erster politischer Notwendigkeiten. Dies Ergebnis hat niemand bestritten. Aber darin sehe ich auch keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil. Es ist die Zurückführung des Entwurfs verlangt worden. Damit wäre aber die Erledigung nicht beschleunigt, sondern verzögert. Die Regelungen, die der Entwurf vorsieht, sind unaufschiebbar.

Schulkämpfe und Schulstreiks

hald hier, bald dort, bald von rechts, bald von links, brechen fortgesetzt aus. Der Entwurf will nichts anderes, als dem Weimarer Schulkompromiß das ausführende Gesetz folgen zu lassen. Weder der Krieg noch die Revolution haben die Mannigfaltigkeit der Weltanschauungen aufzuheben vermocht. Der Entwurf führt in die Schulgestaltung einen neuen Faktor, den Erziehungsberechtigten, ein. Die soziale Einheitsschule läßt sich gegenwärtig nicht durchführen. Das größte Gewicht ist jetzt darauf zu legen, daß überall der Gedanke, aus den Schülern tüchtige, tatkräftige Staatsbürger zu machen, sich durchsetzt, sei es in den Weltanschauungs-, Gemeinschafts-, weltlichen oder Bekenntnisschulen. Das Reichsministerium des Innern wird Ihnen dankbar sein, wenn es gelingt, den Entwurf in diesem Sinne glücklich zu verbessern. (Eifriges Schweigen im ganzen Hause.)

Abg. Hellmann (S. D.): Ich habe für die sozialdemokratische Partei zu erklären, daß wir diesem Gesetz mit großem Interesse gegenüberstehen. Aber ein Plus hat der Entwurf. Er verleiht der weltlichen Schule verfassungsmäßigen Eingang. Es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, daß wir endlich eine gesetzlich geregelte weltliche Schule bekommen. Wenn wir uns als Schulinteressen von der Kirche trennen, so ist das nicht ein Akt der Feindschaft, sondern die Beendigung eines Kampfes, der uns so viele Schädigungen gebracht hat.

Ich würde raten, in der Ausschussberatung den Versuch zu machen, die Weltanschauungsschule überhaupt los zu werden. Wenn man sie aber einmal einführt, muß man verschiedene Gesetzesparagrafen umgruppieren. Verglichen mit dem vorliegenden Entwurf haben wir jetzt schon in Preußen etwa neun Zehntel aller Schulen als Konfessionsfrei zu betrachten. Die durch den Entwurf eingeführte Konfessionsfreiheit soll den gesamten Unterricht mit konfessionellen Anschauungen durchdringen. Wir beantragen, den Entwurf dem 30. Ausschuss zu überweisen.

Abg. Rheinländer (Zentz.): Das Kernstück dieses Gesetzentwurfs ist das Schulkompromiß von Weimar, an dem wir mitgewirkt haben. Jedoch ist in diesem Gesetzentwurf aus der gemeinsamen Schule die weltliche Schule geworden, und deutlich wird darin ausgesprochen, daß die weltliche Schule keinem Bekenntnis dienen solle. Unsere Eltern sollen aber ihre Kinder für Gott und das ewige Leben erziehen.

Abg. Kumm (Dm.): Wir konnten auf unsere Schulen in der früheren Zeit stolz sein. Das einzige, was wir ihnen zum Vorwurf machen müssen, ist, daß sie den nationalen Willen, die nationale Kraft nicht genug gefördert haben. Wir werden alles daran setzen, dieses nationale Bewußtsein in unseren Kindern zu stärken. Die Kinder sollen nicht

religiös ausgehungert

werden. (Lachen links.) Man gebe jeder Schule die Bahn frei. Es mag sich dann zeigen, welcher Richtung die Eltern den Vorzug geben. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Abg. Kunze (D. Wp.): Der Reichstag ist für die Schulentwicklung der Länder ein Heilmittel geworden. Und man kann auch der Reichsregierung nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in der Schulbewegung nicht führend gewirkt ist. Den Aufbau der verfassungsmäßig geschuldeten Simultanen hatte ich für ver-

fassungswidrig. Die Weltanschauungsschulen müssen unser ganzes Schulwesen durchdringen. Wir treten ein für die Simultanen-Schule dort, wo sie ist oder wo die Erziehungsberechtigten sie haben wollen. Wir treten ein für die christliche Schule für die Bekenntnisschule. Wir wollen keinen dogmatischen Religionsunterricht, wir wollen nur den Geist Christi erhalten.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. — Nächste Sitzung, Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen. Schulgesetz. — Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Das Parlament der Wiederholungen

Womit sich der Landtag seine Zeit vertreibt

Der Preussische Landtag hat sich am Montag der Aufgabe unterzogen, einen von den Rechtsparteien und dem Zentrum zusammengetragenen Rechtschaffen von alten Entwürfen und Großen Anfragen zu befechtigen. Es handelt sich um die Verhältnisse in den hantwirtschaflichen Gebieten, im Saarrevier und in Oberschlesien. Alles, was darüber zu sagen ist, ist bereits vor Weihnachten im Reichstag sehr ausführlich dargelegt worden. Der Reichstag ist für derartige Angelegenheiten, die Fragen der äußeren Politik betreffen, ja auch die einzige zuständige Stelle. Trotzdem konnten sich die Rechtsparteien nicht damit einverstanden erklären, daß der Landtag nun seinerseits von der Beratung dieser Gegenstände Abstand nimmt. Es muß unter allen Umständen doppelte Arbeit geleistet werden; das gehört scheinbar auch zu dem Programm des Wiederaufbaues, wie sich ihn die nationalsozialistische Kreise in Deutschland vorstellen.

Ueber die Verhältnisse im Saargebiet hielt zuerst der Ministerpräsident Braun eine längere Rede, die voller Gemeinplätze war. Der Bergarbeiterführer Hue wandte sich gegen die Verträge, das Saargebiet Frankreich einzuverleiben. Dabei erhob er gegen die Kommunisten gewisse Vorwürfe, was zu einigen scharfen Zusammenstößen führte. Von unserer Fraktion sprach Genosse Otter (Zentrum), der sich gegen die Ausführungen des Ministers Braun wandte, da dieser behauptet hatte, im Saargebiet sei es den Arbeitern verboten, sich den deutschen Gewerkschaften anzuschließen. Otter wies nach, daß zum Beispiel die Bergarbeiter des Saargebietes nach wie vor den deutschen Bergarbeiterorganisationen angehören. Die Frankensoldatierung sei in erster Linie eine Folge der ungeheuren Teuerung, die von den dortigen Kapitalisten heraufbeschworen wurde. Heute werden — so fuhr Genosse Otter fort — drei Viertel der Arbeiterkraft in Franken entlohnt. Der Staat hat die Pflicht, daß dem Rest der Arbeiterkraft dieselbe Lohnhöhe gezahlt wird, wie sie sich aus der Umrechnung der Franken in Mark ergibt. Das ist das beste Mittel, der französischen Bevölkerung entgegenzuarbeiten. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die ganze Aussprache nur deshalb heraufbeschworen worden ist, um wieder einmal einen nationalistischen Phrasenschwall auf die Bevölkerung loszulassen. Dazu ist gegenwärtig die allerungeeignenste Zeit. Wir haben in den letzten Wochen große außenpolitische Fortschritte zu verzeichnen gehabt, und da geht es nicht an, daß durch das nationalsozialistische Reden der Erfolg wieder beeinträchtigt wird.

Die bürgerlichen Redner drehten vor einem heinabe vollständig geleerten Hause ihr nationalsozialistisches Orgel ab und brachten es nicht einmal so weit, ihre eigenen Fraktionsgenossen aus den Wandelhallen und Restaurationsräumen in den Sitzungssaal zu ziehen. Ein Beweis für die Zwecklosigkeit und Anfruchtbarkeit derartiger Aussprachen. Noch erbaulicher scheinen die Beratungen am heutigen Dienstag zu werden. Da steht u. a. ein Antrag zur Beratung, der von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen unterzeichnet ist und vom 11. Juni 1921 stammt. Er bezieht sich auf die Kämpfe der polnischen Insurgenten in Oberschlesien. Es ist der Versuch gemacht worden, die Antragsteller zu beeinflussen, diesen längst überholten Antrag zurückzuziehen. Vergebens! Die Deutschnationalen wollen unter allen Umständen auch noch über Oberschlesien sprechen, obwohl an der Entscheidung über das Schicksal dieses Landes einwillen nichts mehr zu ändern ist.

Wenn das so weiter geht, wird sich der Preussische Landtag eines Tages mit den Verhältnissen Schaf-Loisrings befassen und schließlich darf es nicht verwundern, wenn, durch derartige Beispiele angelehrt, sich plötzlich ein Alldenkscher bewogen fühlt, im Landtag eine Debatte über die Notwendigkeit der Annexion von Belgien, Nordfrankreich und Polen heraufbeschwören. Warum auch nicht? In Preußen sind die Verhältnisse derart geordnet, daß sich der Landtag sogar einige Wochen mit der Frage der Urbarmachung des Mondes befassen kann.

Aus dem Staatsrat

Der preussische Staatsrat sühete am Freitag die Staatsberatungen zu Ende. Bei der Besprechung des Finanzwesens hielten Vertreter der Rechten den Antrag, den Betrag von 948 Millionen, den die Regierung als Einnahme aus der vom Landtag noch zu beschließenden, vom Staatsrat abgelehnten Grundsteuer in den Etat eingestellt hatte, zu befechtigen. Als Entschuldigend für diese Summe forderte die Rechte höhere Einsetzung der Betriebsentnahmen und Verwendung eines Postens von 781 Millionen aus Materialverkäufen der früheren preussischen Eisenbahnerverwaltung im laufenden Etat. Der Finanzminister ersuchte dringend die Anträge abzulehnen, doch wurden sie mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen, was der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung gab, zu erklären, daß sie nunmehr gegen das Gesamtgutachten des Staatsrats stimmen werde. Von unserer Fraktion wurde bei der Schlußberatung durch unseren Genossen Henning folgende Erklärung abgegeben:

„Den Anträgen des Hauptausschusses, den Gesamtsatz zu genehmigen, können wir uns nicht anschließen, da in einer solchen Annahme des Etats ein Vertrauensvotum für die Regierung enthalten ist. Wir haben durch unsere Redner bei den Einzelzetteln Kritik erhoben und allgemeine Wünsche vorgebracht. Doch haben wir grundsätzlich darauf verzichtet, Anträge zu stellen, da wir die gutachtlichen Aufgaben des Staatsrats nicht erweitern wollen. Gegen eine Reihe Einzelzetteln erheben wir Einwendungen, besonders aber zusammenfassend gegen den Gesamtsatz, da wir der gegenwärtigen Koalitionsregierung grundsätzlich kein Vertrauen aussprechen können.“

Zum Schluß wurde das Gutachten des Hauptausschusses, das die Genehmigung des Etats enthält, wenn auch mit mancherlei Vorbehalten, von der großen Mehrheit des Staatsrats gegen die Stimmen der Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Die übrigen Verhandlungen des Staatsrats bezogen sich auf einige kleine Gesetzesvorlagen. Damit war die Tagung des Staatsrats wieder einmal beendet. Sein nächster Zusammentritt wird Ende Februar erfolgen.

Arbeitslosendemonstration in Wetzlar. Zum dritten Male in wenigen Wochen demonstrierten Tausende von Arbeitslosen vor dem Gebäude des Landtags. Zwischen den Arbeitslosen und der Polizei, welche die Zugänge zum Landtag bewachte, kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf einige Demonstranten verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Gewerkschaftliches

Gewerbeärzte in Preußen

Die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden hatten schon lange vor dem Kriege Gewerbeärzte angestellt. Nun kommt glücklich auch Preußen nachgeholfen. Der Beschluß vom 9. September des preussischen Ministers R. von Kaas im Staatsanwalteramt ist genau 4 Monate später, am 9. Januar 1922, veröffentlicht worden und tritt hiermit in Kraft. Dieser Beschluß, nun auch in Preußen Gewerbeärzte anzustellen, hat folgenden Wortlaut:

1. Zur Unterstützung der technischen Gewerbeaufsichtsbeamten in gewerkschaftlichen Fragen sowie zur Vertiefung der Kenntnisse der durch die gewerkschaftliche Berufsausbildung zu bewerkstelligenden Veränderungen und deren Vorbereitung und Befolgung, sowie zum Ausbau allgemein gewerkschaftlicher Aufgaben und Arbeitsgebiete werden für das Gebiet des Freistaates Preußen fünf Gewerbeärzte angestellt.

2. Die Gewerbeärzte sind unmittelbare Staatsbeamte und unterstehen der Aufsicht des für ihren Amtsbezirk zuständigen Regierungspräsidenten. Sie haben die im § 110 der Reichsgewerbeordnung den staatlichen Aufsichtsbeamten gegebenen Befugnisse, insbesondere die der jederzeitigen unangemeldeten Besichtigung der ihrer Aufsicht unterliegenden Betriebe. Die näheren Vorschriften über ihre dienstliche Stellung, ihr Befugnisse und Obliegenheiten sowie ihre Amtsbeziehung werden von dem Minister für Volkswirtschaft, dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Finanzminister erlassen.

3. Die Amtsbezirke und dienstlichen Wohnsitz der Gewerbeärzte werden von dem Minister für Volkswirtschaft im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Finanzminister bestimmt.

4. Die Vorschriften über die Vorbildung, Prüfung und Fortbildung der Gewerbeärzte erläßt der Minister für Volkswirtschaft. Wir hoffen nur noch, daß die richtigen mit sozialem Blick und Verständnis begabten Kräfte angestellt werden, um segensreiche Arbeit zu vollbringen.

Ein Muster-Arbeitgeber

Das Bezirksamt des 12. Verwaltungsbezirks scheint eine sonderbare Auffassung darüber zu haben, was in der heutigen Zeit zum Lebensunterhalt seiner Arbeiter gehört. Folgender Fall möge dies illustrieren: Einzelne Bedürfnisanstalten werden — aus Sparsamkeitsrücksichten — an Frauen vergeben, die einen monatlichen Lohn von 150 M. erhalten; hierzu kommen dann die gesamten Einnahmen der Bedürfnisanstalt. Die Einnahme beträgt im Durchschnitt pro Monat 400 M.; die Bedürfnisanstalt muß von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends geöffnet sein, also ein 16stündiger Arbeitstag. Bei einem Verdienst von 150 M. pro Monat und 480 Stunden Arbeitszeit beträgt der Stundenlohn 1,14 M. Pflaistler wechselt die Herren vom Bezirksamt ein paar Monate ihre Arbeitsstelle mit den Frauen einer Bedürfnisanstalt! Oder glaubt man etwa, daß sich diese Frauen bei diesem lächerlichen Gehalt noch eine Arbeitskraft leisten können, bald scheint es so. Man scheint diese Frauen als leibständige Unternehmer zu betrachten, da man es nicht für nötig erachtet, dieselben bei der Krankenkasse zu versichern.

Devorliegender Konflikt in der Ledertwarenindustrie Berlins

In einer am Sonntag, den 22. Januar, stattgefundenen Versammlung bei Böser berichtete der Vorsitzende A. Blume über die Reichstagsverhandlungen in Eisenach. Diese Verhandlungen sind gescheitert, da die Unternehmer nicht gewillt waren, die bisherigen Löhne zu erhöhen. Vielmehr wurde von Seiten der Unternehmer beantragt, Mitte Februar wieder zusammenzutreten, weil augenblicklich noch keine Mehrsteuerung gegenüber November 21 vorhanden wäre. Der unparteiische Vorsitzende schlug sich, wie so oft, ganz offen auf die Seite der Unternehmer, indem er den Arbeitnehmervertretern den Vorschlag der Unternehmer empfahl. Da jedoch im Dezember als auch im Januar die Leistung eine steigende ist, lehnten die Arbeitervertreter eine Vertagung ab und kennzeichneten das Verhalten des Unparteiischen in gebührender Weise. Dies gab den Arbeitgebern Veranlassung, dem Unparteiischen ihr volles Vertrauen auszusprechen und verlangten von den Arbeitnehmern dasselbe. Dies geschah natürlich nicht und darauf trat der Vorsitzende von seinem Amte zurück, so daß die Verhandlungen vertagt werden mußten.

Die Diskussion der sehr stark befaßten Versammlung war sehr lebhaft. Allgemein wurde verlangt, das prozessierende Verhalten der Unternehmer sofort mit Arbeitsniederlegung zu beantworten. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, am Montag die zentralen Forderungen der Arbeitgeber im Betrieb zu überreichen mit Frist bis Dienstag abend. Sollten die Unternehmer es ablehnen, bis zu diesem Tage eine Antwort zu geben, so werden die Arbeitnehmer in einer zum Mittwoch vormittag angelegten Verammlung Stellung zur Situation nehmen und ein Kampf dürfte dann, nach der Erörterung der Kollegen zu urteilen, unvermeidlich sein.

U. S. P. D.-Mitglieder im Buchbinderverband! Ab Dienstag, den 24. Januar, wochentags nachmittags von 4 Uhr ab: Flugblattverteilung für die Branchenvorparlamenten. Die Flugblätter werden bei Reimer, Kommandantenstr. 46, ausgegeben. Der Fraktionsvorsitzende Dr. U. S. P.

Zulagen für Zeitungsträgerinnen. Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Zeitungsträgerinnen nahmen den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Die neuen Bedingungen treten ab 1. Januar 1922 in Kraft und gelten bis 31. März 1922. Die Firmen Rudolf Mosse, A. Scherl & M. S. H., Ullstein & G. zahln für 100 Exemplare und Monat bei einmaligem Austragen 175 M. und bei zweimaligem Austragen 350 M. Die Teuerungszulagen von 20, 22 und 23 M. pro Monat bleiben bestehen, ebenfalls die Extratschuldigung von 8 M. für das Sonntagsmorgen-Austragen sowie die Entfernungsgeldzuschläge in den Vorortorten. Mit der Zeitungszentrale (Z. 3.) Alt-Gel wurde vereinbart, daß pro Exemplar und Monat gezahlt wird: bei einmaligem Austragen 2 M., bei zweimaligem Austragen 4 M. unter Vorfall der Teuerungszulage. Für das Infasse der Abonnementsbeiträge 20 M. pro Monat und Tour extra. Die Extratschuldigung für das Sonntagsmorgen-Austragen von 8 M. bleibt bestehen sowie die Entfernungsgeldzuschläge in den Vorortorten. Für die Zeitungsträgerinnen der Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ wird ab 1. Januar 1922 für zweimaliges Austragen pro Exemplar und Monat 4 M. sowie 20 M. Restiergeld pro Exemplar und Monat gezahlt. Die Sonntagsextratschuldigung von 8 M. bleibt bestehen sowie die Entfernungsgeldzuschläge.

Zum Streik der Reparaturmaschinen. Ein im großen Saale des Gewerkschaftsaufbaues am 23. Januar 1922 stattgefundene Kartbesuchte Streikverammlung der Schuhmacher verlegte sich nach kurzer Debatte auf Dienstag, den 24. Januar 1922, nachmittags 9 Uhr, im selben Saale, um zu dem Ergebnis der am 23. Januar nachmaligen stattgefundenen Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar Stellung zu nehmen, an der auch die Kollegen, der bereits bewilligten Betriebe teilnehmen müssen. Kollegen erscheint vollständig die Ortsverwaltung.

Immerer! Nachdem der Streik am 11. Januar 1922 betagtgelegt ist, machen wir darauf aufmerksam, daß nach Freitag, den 27. d. Mts. Auszahlung von Streikgeld nicht mehr stattfinden kann. Die Kassierer eruchen wir, Fahrgelder und Entschuldigungen der Streikleistungen bis Freitag persönlich abzuholen. — Der Botschafter.

5 neue Beweise

der Leistungsfähigkeit unseres

Inventur-Ausverkaufs

Wir bringen nebenstehend eine Auswahl hervorragender Angebote, die alles in sich vereinen: Hochwertige Qualität, höchste Preiswürdigkeit, vollendete Formenschnheit

Der unverändert andauernde gewaltige Käuferandrang spricht für unsere Angebote

DER SCHUHHOF

Berlin W. 7, Linkstr. 11 Spandau, Breite Str. 22



Herrn-Lackschuh
ganz erfindungsreiches Erzeugnis von höchster Qualität und vollendeter Form
350⁵⁰

Herrn-Stiefel
in feinst. Boxkalfleder, allerbeste Rahmenarbeit, modern ausgestatteter Strassenstiefel
278⁵⁰

Damen-Stiefel
in echt Chevreau, allerbeste Verarbeitung, hervorragend schöne, moderne Form
248⁵⁰

Lack-Spangenschuhe
prima Material und Verarbeitung, sehr elegant u. mod. ausgeführt
238⁵⁰

Damen-Halbschuh
zum Schürchen, aus gutem R.-Chevreau, mod. Form, sehr solides Fabrikat
178⁵⁰

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
König Lear
Das Christ-Offen
Die Christ-Offen
Die Christ-Offen

Wagner-Theater
Siegfried
Die Walküre
Die Meistersinger

Operntheater
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Deutsches Theater
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Kammertheater
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Umatol
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Großes Schauspielhaus
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Königsplatz
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Die Fahrt ins Blaue
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Komödienhaus
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Karussell
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Berliner Theater
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Prinzessin Olala
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Variété
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten
Die Frau ohne Schatten

Neues Lusttheater
Heute
Am Sonntag
2x ausverkauft

Circus Busch
Tel. 7. 51. auch 3 U.
Am Sonntag
2x ausverkauft

Casino-Theater
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Apollo-Theater
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Theater
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Casino
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Theater
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Casino
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Theater
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Residenz-Casino
Der Weg zum Glück
Am Sonntag
2x ausverkauft

Berliner Theater
Charlottenstr. 90/92 • Charlottenstr. 90/92

Stark ermäßigte Preise für Abonnenten!

Ausschneiden!

Anweisung auf 1-6 Plätze

Täglich 7 1/2 Uhr in erster Besetzung

Prinzessin Olala
Musik von Jean Gilbert

Gültig bis 15. Februar aus. Sonntags

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Gewerkschaftsgruppe Berlin

Todes-Anzeige
Der Herr ...

Walter Dreßler
Todes-Anzeige

Julius Gürtler
Todes-Anzeige

Kapitan M. 4.
Todes-Anzeige

Rautabau
Todes-Anzeige

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin N. 54, Prinzenstr. 83-85

Achtung! Vertrauensleute
Die Kollegen, welche nach nicht im Besitz des Mitgliedscheins ...

Achtung! Bezirkskassierer
Die Ausgabe der neuen Beitragsmarken ...

Achtung! Betriebsräte der Untergruppe 22
(Herstellung von Heizungs-, sanitären Gas- und Wasserleitungsanlagen)

Berufsammlung
Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal, Unterstraße 83/85

Funktionäre des Metallartells
Am Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im Saal der Schulstr. 22-23

Funktionär-Berufsammlung
aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem V. D. M. A. angeschlossen sind und zum Metallartell gehören.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114

Heute
Dienstag, den 24. Januar 1923

Bockbierfest
Große Modenschau
Prämierung des elegantesten Abendkleides

3 bare Goldpreise: 500, 300, 200 Mark.
5 Kapellen 30 bayr. Maß!
Einlaß 6 Uhr
Anmeldungen zur Prämierung bis 14 Uhr abends an der Kasse.

M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition - Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00
(Organisationsausg.) 19.00, 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahabley, Hamburg

Nach beendetem Inventur-Verkauf veranstalten wir bis zum 31. Januar

spotbillige Reklame-Tage!

Preise nochmals ganz bedeutend herabgesetzt. Verkauf in größeren Mengen findet nicht statt. Sämtliche Preise verstehen sich nur soweit Vorrat!

Ganz besonders preiswerte Angebote

Alpaca-Kaffeelöffel glatt, jezt Stück	9 ⁰⁰	Alpaca-Gemüseöffel glatt, jezt Stück	33 ⁰⁰
" Eßlöffel glatt, jezt Stück	14 ⁵⁰	" Vorleger glatt, jezt Stück	62 ⁰⁰
" Eßbestecke (Messer u. Gabeln) jezt Paar	32 ⁰⁰	" Kinderlöffel in prachtvoll. Fadenstiel, Gelegen. Stück	19 ⁰⁰
" Kaffeelöffel jezt Stück	10 ⁰⁰	Tortenheber in einfach, schöner Ausführung jezt Stück	16 ⁵⁰
" Eßlöffel Flügelform jezt Stück	18 ⁰⁰		
Alpaca-Luxusbestecke in verschied. neuartigen, hübschen Messer u. Gabeln jezt Paar	35 ⁰⁰ 36 ⁰⁰ 38 ⁰⁰ 52 ⁰⁰	Alpaccaversilberie	
Alpaca-Dessertbestecke Messer und Gabeln glatt jezt Paar	28 ⁰⁰	Damenhandtaschen	
Alpaca-Dessert-Luxusbestecke in verschied. hübschen Mustern, 3500 h. zur Hälfte herabgesetzt jezt Paar	74 ⁰⁰	prachtvolle Muster, jezt Stück	190 ⁰⁰ u. 230 ⁰⁰
Alpaca-Kaffeelöffel prachtvolles Perlmuttermesser jezt Paar	14 ⁰⁰	Diese Taschen in prachtvoller Ausführung, sind eine wertvolle Gelegenheits- u. eignen sich glänzend zu Geschenkzwecken.	
Alpaca-Kaffeelöffel eleganter Fadenstiel jezt Stück	14 ⁰⁰		

Obstbestecke, Obstmesser, Kuchengabeln, Tortenheber, Butter- und Käse-Bestecke u. viele andere Geschenkartikel spotbillig

Unglaublich billig!
Aluminium-Schmortöpfe
2-3 Liter große Wanne, 24 cm Durchmesser, 4 1/2 Liter Inhalt, mit Deckel.
Spezialpreis 48⁰⁰

Alpaca-Luxusbestecke
in verschied. hübschen Mustern, 3500 h. zur Hälfte herabgesetzt jezt Paar

Alpaca-Kaffeelöffel
prachtvolles Perlmuttermesser jezt Paar

Alpaca-Kaffeelöffel
eleganter Fadenstiel jezt Stück

Obstbestecke, Obstmesser, Kuchengabeln, Tortenheber, Butter- und Käse-Bestecke u. viele andere Geschenkartikel spotbillig

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie BERLIN SO 26, Waldemarsstraße 27, vorn part. rre
1 Miase von Moritzplatz, Oranienplatz u. Gurlitzer Str.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 4675 und 4676
Geschäftszeit von 10-7 Uhr

Auf der Trümmerstätte von Carotti

Das Feuer noch nicht erloschen — Die Not der Arbeitlosen — Betriebsaufnahme frühestens in 4 Monaten

Die Sprache der Ruinen

Schönungslos fährt draußen im freien Tempelhofer Gelände schneidender Wind um die Ohren des Wandrers, die Kälte fast bis zur Unerträglichkeit steigend. Und plötzlich scheint sich auch das äußere Gewand des Winters verstärkt und verdichtet zu haben: wo sonst eine schneebedeckte Straße liegt, zeigen sich wahre Gletscherbildungen, entstanden durch das Wasser das aus den Schlauchleitungen der Feuerwehr drang und bringt. Man muß den Fuß vorsichtig setzen, um nicht auszugleiten, und diese Vorsicht muß man solange wahren lassen, als man sich an der Trümmerstätte der Carottifabrik aufhält.

Es ist ein leises Gesicht, ein unheimlicher Anblick: man denkt an einen Vulkan, der erst noch gewaltige Feuermassen speit und nun Eisbildungen um die entstandenen Kraterbildungen trägt, und findet um so rascher dies Bild aus der Natur, als immer noch weiße dunstige Rauchbildungen aus den felsähnlichen Öffnungen der gewaltigen Ruine aufsteigen.

Nach immer brennt es, noch immer schreit und raucht es. Seit der zehnten Stunde des Freitags, die das Feuer entzündet hat, ist das Element noch nicht zur Ruhe gekommen, und es wird nicht zu bändigen sein, ehe es nicht den letzten Wert, den letzten der Schätze vernichtet hat, die hier in riesigem Umfang der Bearbeitung durch menschliche Hände harriert.

Köstliches Naturprodukt verglimmt und verkohlt, und Beschäftigungslose menschliche Hände strecken sich durch grimmige Kälte nach neuer Arbeit, nach Brot, nach Verdienst aus, der — es ist entsetzlich zu sagen — es ermöglicht, den im mitten eiliger Kälte fast bis zur Nichtigkeit entblühten Körper neu zu befehlen. Die Kälte führt jetzt eine ebenso ernste Sprache, wie es vorher die grausamen Flammen taten, und sie ist nicht weniger grausam als diese:

1500 Menschen, die fast unbefleht waren, als das Feuer ausbrach — arbeiteten sie doch bei einer Temperatur von 32 bis 38 Grad — verloren ihre meist einzigen Kleidungsstücke und mit ihnen den ganzen Besitz, den sie an Geld hatten und bei sich trugen.

1500 Menschen sind, den Flammen entronnen, in der Gefahr, dem weihen Tode zu verfallen.

Es ist ein Anblick, der beim Durchschreiten der vom Feuer ausgehüllten Räume das Herz zusammenkrampfen macht: in einem der oberen Stockwerke sind in der Garderobe der Arbeiter die eiskalten, mit Glitzern versehenen Kästchen alle erhalten und zeigen in ihrem Innern mit einer grotesken Gleichmäßigkeit oben und unten ein häßliches Altes — das ist alles, was vom Besitz der Arbeiter übriggeblieben ist!

So erbärmlich hart wurden die armen Menschen betroffen, daß in der Arbeiterversammlung vier Tage nach der Katastrophe eine Reihe von Frauen ohnmächtig niederstürzten, als ein Wort des Betriebsrätenvorsitzenden ihnen schauerliche Augenblicke in die Erinnerung zurückrief. Und dabei hatte dieser ganz richtig gemahnt, man solle in solchen Augenblicken vorwiegend Gefahr sofort an die Rettung seines Lebens und nicht an die seiner Habe denken.

Es müssen Augenblicke und Stunden entsetzlicher Menschennot gewesen sein. Nicht ein Mensch ist in der Fabrik, der nicht in Tagen gealtert ist, und in vielen, vielen Gesichtern ist heute noch unmittelbar schmerzende Furchen zu lesen.

Man hat beschlossen, bei den weiteren Arbeiterversammlungen Sanitäter beizugehen.

Ein Unbestimmtes lastet noch über allen: hat das Unglück Menschenopfer gefordert oder darf man hoffen, daß allmählich auch noch die wenigen Vermögenden sich melden werden? Man glaubt in den Arbeiterkreisen der Fabrik bestimmt, daß dies letztere der Fall sein wird, denn jeder Tag brachte bisher Vermögende zurück, meist aus Krankenhäusern.

Auch das Schicksal derer, die den Schrecken ohne gesundheitlichen Schaden überstanden und vielleicht nicht ihre ganze Habe verloren haben, ist in keiner Ungewissheit hart und beklagenswert. Wohl hat man mit Aufräumungsarbeiten begonnen, wohl könnten bis fünfzehnhundert Männer dabei Beschäftigung finden, fände nicht als ein neuer Feind die eilige Kälte da. Aber selbst wenn in dieser Weise Vorsorge getroffen wird — es waren doch Menschen — nicht fünfzehnhundert, sondern zweitausend! — die hier in warmen Innenräumen schlafen könnten. Und jetzt müssen sie ungewohnte rauhe Arbeit in grimmigstem Froste leisten! Ist es nicht auf alle Fälle ein harter Schicksalschlag? Und dann die Frauen und die Schwächeren unter den

männlichen Arbeitern, wie werden sie durch diese Winternot kommen?

Es sind so bitterste Gedanken, denen man sich im ausgebrannten Kieselgebäude, einem Eispalast des Grauens, hingibt. Wenn man die Ruinen in all ihren Teilen durchwandert, vom noch brennenden Keller bis zum ebenfalls noch in Feuer stehenden Lagerraum des obersten Geschosses, dann sieht man so viele Einzelheiten, die ein schauerliches Bild menschlicher Ohnmacht dem Elemente gegenüber bedeuten und ist gewillt, nach der Rückkehr von der Brandstätte all das Gesehene zu schildern — und man vergißt mit einem Male all die grandiosen Zerstörungsbilder, die man sah, denkt nicht der vernichteten Werte und nicht mehr der Katastrophe in ihren äußeren Wirkungen. Kein Mensch in Leid sieht man vor sich, angstverzerrte, sorgendurchtönte Gesichter, und der Gedanke, es könnten noch Menschen umherirren, erschüttert und zerrüttet von dem Erlebten — ein Gedanke, der wenigstens immer noch Hoffnung läßt —, gibt sich tief ein und wird zur trostlosen Frage.

Wie lang wird es dauern und es wird bei allen vergessen sein, bis auf die, die es miterlebten? Bei denen freilich hat es sich für das ganze Leben eingestrichelt. Manche Gesundheit ist zerstört, manche Seele leidend geworden, ohne daß jemals wieder eine Kunde in die Öffentlichkeit dringt in die gleiche Öffentlichkeit, der das Feuer selbst in gar nicht genug grellen Farben geschildert werden konnte.

Dieser Öffentlichkeit muß gesagt werden: das Tempelhofer Unglück ist heute noch voll lebendig und wird es für lange sein. Die Flamme als Feind als Feind die Kälte, Arbeit als Gefahr, als Gefahr Arbeitslosigkeit — so vollzieht sich das Schicksal von Proletariern, wohngenommen nur, wenn ein besonders aufsehenerregender Fall die Aufmerksamkeit aller auf eine Stunde oder einen Tag in Anspruch nimmt.

Zu die Berliner Arbeiterschaft wird die Tempelhofer Brandkatastrophe noch lange nicht erloschen sein, auch wenn die Blut draußen endlich zum Erlischen gekommen. Es wird ganze Arbeit erfordern, der leidenden Arbeiterschaft der Carottifabrik menschlich zur Seite zu stehen. In diesem Liebeswerk, das nicht berührt wird von rechtlichen Ansprüchen und Forderungen, werden die Berliner Arbeiter durch ihre Gewerkschaften imstande sein und an ihrem Willen und ihrer Freudigkeit wird es nicht fehlen.

Seitens der Direktion der Carotti A.-G. ist, wie uns ergehen auf dem mitgeteilt wird, in einer Betriebsversammlung die gestern auf dem Terrain der Tempelhofer Kühlräume des Konsumvereins stattfand, erklärt worden, daß die Wiederaufnahme des Betriebs nicht vor drei bis vier Monaten zu erwarten ist. (Bis dahin wird die mit dem Wiederaufbau beauftragte Baufirma diesen bemerkt haben.) Darüber in welcher Weise die brotlos gewordene Arbeiterschaft bis dahin über Wasser gehalten werden soll, wurde nichts Bestimmtes erklärt. Lediglich auf die durch die Aufräumungsarbeiten entstehende Verdienstmöglichkeit für einen Teil der Arbeiterschaft wurde hingewiesen.

Gleichfalls am gestrigen Tage fand eine Aktionärsversammlung statt, zu der zahlreiche Aktionäre aus Schweden herbeigezogen waren. Ob die Beschlüsse dieser Versammlung für die Arbeiterschaft günstig sein werden, bleibt abzuwarten. Daß es die Pflicht der Aktionäre wäre, die Arbeiterschaft nicht vor Not und Sorge zu bewahren, bedarf keines Wortes, aber, wie die Dinge liegen, werden die Herrschaften kaum mehr tun als eine schöne Geste, hinter der wenig steht. Wir werden nicht veräumen, darüber zu berichten, ob und in welcher Weise die Aktionäre die Verpflichtungen anerkennen werden, die ihnen aus den ihnen aufgelassenen Kieselgewinnen erwachsen.

Das werdende Groß-Berlin. Am Freitag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungsaal, Eingang Königstraße, eine Zusammenkunft sämtlicher Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats, sowie Bezirksamtsmitglieder statt. Die Tagesordnung lautet: „Das werdende Groß-Berlin“. Referent: Bürgermeister Carl Leid. — Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Wiederbeginn der Quäferspeisung. In allen Bezirken Groß-Berlins hat die Quäferspeisung, welche während der Weihnachtstagen ausgeführt wurde, für Schul- und Kleinkinder, Jugendliche und Mütter wieder begonnen. Es werden täglich zunächst

bis zum April circa 780 Portionen an ungefähr 1000 Kreisläufigen verausgabt. Außerdem sind für einen Teil der Schulpflichtigen Quäferspeisungsmittel zur Verfügung gestellt worden. Sie werden gemeinsam mit den städtischen Lebensmittelverteilungsdiensten und dadurch kann die Schulpflichtigen in verbesserter Form fortgeführt werden, was sonst bei den sehr hohen Kosten für die Stadt nicht möglich gewesen wäre.

Rückständige Steuertechnik

Von Stadtrat Wilhelm Schilling

In der vor kurzem veröffentlichten Uebersicht über die Tätigkeit der städtischen Ueberwachungsabteilung ist auch die Mitwirkung dieser Abteilung bei der Verfolgung von Steuerhinterziehungen kurz erwähnt. Die hierbei gemachten Erfahrungen verdienen jedoch eine ausführliche Besprechung.

Von den der Ueberwachungsabteilung zur Verfügung stehenden Ermittlungsbeamten haben sich auf Grund besonderer Vereinbarungen ursprünglich 5. April 1920 Beamte im Auftrage und auf Kosten des Landesfinanzamtes Groß-Berlin mit der Aufklärung von Steuerhinterziehungen beschäftigt und zwar mit dem Erfolge:

in 4 Jahren etwa acht Millionen Mark Mehrertrag an Steuern

durch diese Arbeiten erzielt worden sind. Letzter hat diese fruchtbare Tätigkeit mit Ende September v. J. ihr Ende gefunden, weil nach einer Mitteilung des Landesfinanzamtes Groß-Berlin diese Arbeiten bei den Landesfinanzämtern zentralisiert werden sollten. Soweit ich unterrichtet bin, hat man sich der Errichtung dieser Dienststelle begonnen. Mit dem Augenblick der Einstellung der Tätigkeit durch die Ueberwachungsabteilung war aber für die interessierten Finanzämter zu diesen Arbeiten kein volles Interesse vorhanden. Die Dinge liegen heute so, daß sich in verschiedenen Finanzämtern diese rückständigen Arbeiten zu ganzen Stößen aufhäufen.

Nun finden in allerdings eine Anzahl Beamter der 25 Groß-Berliner Finanzämter der Mitwirkung der Ueberwachungsabteilung zum Teil freilich, zum Teil direkt feindlich gegenüber. Man hatte den Eindruck, daß es manchen Steuerbeamten geradezu unangenehm war, wenn durch die Tätigkeit der Ueberwachungsabteilung eine Verfolgung der festgestellten Steuerhinterziehungen eintraten müßte.

Die Ueberleitung der Finanzämter ist ja bekannt. Die noch nicht durchgeführte Veranlagung für 1920 wobei die Steuerpflichtigen durch die inzwischen eingetretene Geldverwertung noch ein gutes Geschäft machen, beweist zur Genüge, daß

ohne intensiver Mitwirkung der Gemeinden die völlige Ausschöpfung der Steuerquellen undurchführbar

sein wird. Nach dem preussischen Einkommensteuergesetz waren allein in Berlin gegen 100000 Steuerpflichtige in den Steuerkommissionen tätig um die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen mit weniger als 10000 M. Einkommen zu erforschen. Mit dem Uebergang der Veranlagungsbehörden auf das Reich und durch das Lohnsteuergesetz wurden diese Steuerkommissionen entbehrlich. Durch das Steuerabzugsverfahren wird das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger recht gründlich erforscht.

Die Veranlagung der selbständigen Steuerpflichtigen, wie Gewerbetreibende, Kaufleute, Fabrikanten, Landwirte usw., erfolgt heute auf Grund der freiwilligen Angaben, die zum Teil durch die Geschäftsbücher erhärtet werden müssen. Nun soll zugegeben werden, daß der reelle Kaufmann seine Bücher richtig führt oder führen läßt. Dagegen ist es ein offenes Geheimnis, daß es auch Geschäftsleute gibt, die sich

eine doppelte Buchführung angeeignet haben, davon eine besonders für die Steuerbehörden.

Es gibt in Berlin Tausende von Eristenzen, deren Lebenshaltung in einem krassen Gegensatz zu ihren Angaben in der Steuererklärung steht. Eine Genossenschaft der defizitierenden Einkommen der selbständigen Berufe und der der Arbeitnehmer müßte zu Bedenken Anlaß geben. Wenn ein Großhändlermeister der mit eigenen feurigen Trabern auf Gummi zu jedem Rennen fährt, bei großem Aufwand buchnäßig nur 20000 M. Einkommen nachweist und der im Hof, in Studie und Küche wohnhafte Schlossergeselle mit einem realen verkauften Einkommen von gleichfalls 20000 M. sich nur das Notwendigste leisten kann, so läßt doch hier eine Lücke, die auszufüllen notwendiger ist, als die Schaffung neuer Steuern, die nie oder nur unvollkommen erhoben werden können.

Das schreiende Mißverhältnis bei der Behandlung der selbständigen Steuerpflichtigen und der Arbeitnehmer beweist die

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Härtel. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Er sprach in abgerissenen Worten, so daß Yvonne erschraf. Sie erhob sich und trat zu ihm.

Sie haben doch Kummer... Leugnen Sie nicht... Sie betrachtete ihn stumm. In ihrem Blick lag so viel Mitleid, so viel freundschaftliche Teilnahme, daß Réal schwach wurde. Die geheuchelte Gleichgültigkeit kam ins Wanken. Er sprach noch ein wenig mit der Behauptung, er habe sich niemals zufriedener gefühlt. Aber sein Geheimnis entschloßte ihm:

„Wenn Sie es denn wissen wollen... Zwischen meiner Frau und mir ist alles vorbei... Sie hat mich verlassen...“

„Was? Ihre Frau...?“
 „Ja, wir trennen uns... Es ist meine Schuld. Ich bin nicht mehr der Mensch, den sie geliebt hat... Sie hat ihre Freiheit wieder... Ich kenne sie nicht...“
 Yvonne ganz sah zu ihm auf den Diwan gesetzt. Ihre Hand lag ganz nahe der seinen. Réal sagte ihre Hand. Wie läßt war diese kleine Hand, die er mit seinen feibrigen Fingern umspannte.

„Trotz alledem, das werden Sie ja einsehen,“ fuhr er fort, „ist der Schlag schwer. Gewiß, ich liebe meine Frau nicht mehr! Aber bedenken Sie, was zwanzig gemeinsame Jahre im Leben bedeuten.“

„Sie werden manche Unannehmlichkeiten haben.“
 „Ach, die wirtschaftlichen Veränderungen stören mich nicht. Wir haben beide so ziemlich das gleiche Vermögen. Ich weiß wohl, ich werde meine Ausgaben auf die Hälfte einschränken, den Haushalt auflösen, mit meinen Büchern in eine Studentenbude übersiedeln müssen. Aber das macht mir nichts aus. Das schlimmste ist, daß ich nun dem Abstieg meines Lebens ganz allein entgegengehen muß. Und der Gedanke, den Rest des Weges allein zurücklegen zu müssen...“

Er senkte schmerzlich. Der Hals schnürte sich ihm zu. Yvonne verlor die Fassung:
 „Um Gottes willen, beruhigen Sie sich...“
 Sie hatte Tränen in den Augen.

„Lieber Freund, beruhigen Sie sich doch...“
 Es war ihr unerträglich, ihn, den sie so verehrte, derart gebrochen zu sehen. Sie hätte ihn am liebsten in die Arme genommen, ihn getröstet, ihn geliebt...
 Mit ersüßter Stimme gestand ihr Réal:

„Sie ahnen nicht, was eine solche Wendung in meinem Alter bedeutet. Mein Leben liegt hinter mir, wie ein verlorenes Paradies. Künftig werde ich nur feindliche Gesichter zu sehen bekommen. Alle Türen werden mir verschlossen bleiben. Stünde ich noch im Alter des Anfängers, sollte mir all das recht gleichgültig sein. Aber jetzt...“
 Yvonne flehte zitternd:
 „Sagen Sie doch so etwas nicht.“
 Réal senkte tief. Verzweifelt fuhr er fort:

„Es ist nicht nur die Scheidung... es ist auch dieser ganze Zusammenbruch... Aber ich konnte doch nicht in der Lüge verharren. Ich konnte nicht lügen wie die anderen. Und jetzt — die Verlassenheit, die Ungewißheit... Welche Zukunft, welch schreckliches Altern... niemand bei mir, kein Mensch...“

Yvonne war von Réals Aufregung mit fortgerissen. Wortlos streckte sie ihm die Arme entgegen. Sie wäre bereit gewesen... Aber wie diesen Mann beruhigen? Wie den berühmten Freund trösten? Armer, edler Mensch! Wie einleuchtend waren ihr nun die Gedanken, die er vertrat, denen er sein Leben geopfert hatte! Kann man sich so ganz in den Dienst einer Ueberzeugung stellen, wenn sie nicht die Wahrheit ist?

Er hob sein kummervolles Antlitz:
 „Berzählen Sie mir, daß ich mich nicht besser beherrsche. Das war töricht. Berzählen Sie, lieber kleiner Kamerad, diesen Augenblick der Schwäche. Aber ich muß es noch einmal sagen, ich bin so verzweifelt, so einsam...“
 Ein großes Mitleid kam über Yvonne. Fast gegen ihren Willen suchten ihre schlanken, ein wenig zitternden Finger das Antlitz Réals. Sie sah ihn mit voller Hingabe an. Sie fühlte, daß sich ihr Gesicht erfüllen sollte, und sie gab sich bezaubert ihrer Bestimmung hin. Mitleidig umfaßte sie sein Schmerzengesicht, dann näherte sie sich ihm langsam und küßte ihn auf den Mund.

Mit geschlossenen Lidern, fast erstarrt vor Glück und Ueberwältigung küßte er:
 „Mein Kleines!“
 Yvonne starrte auf seine Schulter. Auch sie schloß die Augen. Er murmelte:

„Es ist nicht möglich...“
 Seine Lippen fanden die ihren. Sie erwiderte seinen Kuß.

„Yvonne, Yvonne, so habe ich doch nicht alles verloren?“
 Sie verneinte mit Kopfschütteln.

Er zog sie leidenschaftlich an sich. Sie gab fügsam nach. Er fühlte einen zarten Arm an seiner Schulter. Diese Berührung, die er seit längst verflorenen Liebesstunden nicht mehr gefühlt hatte, entsamnte ihn. Er sollte also noch glücklich sein, noch geliebt werden?

„Mein süßes Kleines, welch unsägliches Glück beschert du mir mit einem Kuß! Du hast also alles erraten? Denn niemals hätte ich gewagt... Was ist denn nur in deinem Herzen vorgegangen?“

Endlich öffnete Yvonne den Mund. Sie sah ihm aufs neue mit glühender Zärtlichkeit ins Auge und gestand:
 „Ich glaube an dich, und ich liebe dich.“

44 Der einzige Weg.

Freudige Tage!
 Réal war von einer Wonne befeelt, die er sich nicht mehr zugetraut hatte. Er fühlte sich leicht, zuversichtlich, mutig, jung. Sein Gesicht verlor den Leidenszug. Er betrachtete sein Leben mit Ruhe und blickte vertrauensvoll in die Zukunft. In seinem Körper und seinem Geist schien lange Zeit ein ungenährter Vorrat von Kräften geschlummert zu haben. Nun setzte er sie in Leben um. Alles gewann in seinen Augen an Schönheit und Reiz. Er fühlte keine Bitterkeit mehr, nur noch Wohlwollen und Mitleid.

Auch für Yvonne war ein neues Glück ausgeblüht. Seit langer Zeit hatte sie für Réal Anhänglichkeit und Zärtlichkeit empfunden. Diese Gefühle hatten sich sogar in jenem Augenblick verstärkt, als ihre Ansichten am weitesten auseinander gingen. Sie hatte sich ihm hingeeben aus Dankbarkeit für die warme Freundschaft, die ihr Réal vom ersten Tage an erwiesen hatte, aus Ehrfurcht vor seinem Heldentum, aus Mitleid für den bedauernswerten Märtirer, der sich ihr anvertraut hatte, aus dem Gefühl der Unmöglichkeit, ihn so leiden zu sehen, ohne ihm zu Hilfe zu kommen. Jetzt überließ sie sich einer überströmenden Freude. Sie wurde geliebt! Von einem Manne wie Jacques Réal! Sie erzitterte in süßem Stolz, wenn sie sich diese Worte vorlegte.

(Fortsetzung folgt.)

